

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredaktion:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 pbbn d



## Inhalt

35. Jahrgang / 186 / 29. September 1980

Heinz Galinski, Vorsitzender der jüdischen Gemeinde zu Berlin, zum neonazistischen Sprengstoffanschlag in München: Synthese von Wahnsinn und Verbrechen.

Seite 1/2

Karl Liedtke MdB zur Difamierung der Sicherheitsbehörden durch Franz Josef Strauß: Wild nach allen Seiten.

Seite 3

Hans Koschnick über das Strauß-Spiel "Was wäre, wenn?": Türken gebaut.

Seite 4

### Pressestimmen

Der Unionskandidat Strauß und die Bluttat auf dem Oktoberfest: Es taucht der Wahlkampf in giftige Brühe.

Seite 5/6

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (0 22 21) 8 12-1

### Synthese von Wahnsinn und Verbrechen

Zum neonazistischen Sprengstoffanschlag auf dem Oktoberfest in München

Von Heinz Galinski  
Vorsitzender der jüdischen Gemeinde zu Berlin

Abscheu, Empörung und Betroffenheit erfüllen uns angesichts des jüngsten Terroraktes in der Bundesrepublik Deutschland, des neonazistischen Bombenanschlags auf die Besucher des Oktoberfestes in München. Zwölf Tote und 213 Verletzte sind die Opfer dieses Attentats, das bestätigt, wie berechtigt unsere so oft überhörten Warnungen vor der Bedrohung durch den Neonazismus waren. Vor allem unsere Hinweise auf die Anfälligkeit gerade junger Menschen für neonazistische Demagogie. Deutlicher als alles andere beweist dieser von der verbotenen staatsfeindlichen neonazistischen Organisation "Wehrsportgruppe Hoffmann" durchgeführte Sprengstoffanschlag auf unbeteiligte Menschen, daß der Neonazismus nichts anderes ist, als es seine Vorbilder waren: eine Synthese von Wahnsinn und Verbrechen. Nach einer Pause von acht Jahren hat München einen neuen "schwarzen September".

Wenn diesem Amoklauf des Terrorismus eine innere Logik innewohnt, dann kann sie nur auf der Enttäuschung des Tä-



terkreises darüber beruhen, daß der Neonazismus bisher seine politische und gesellschaftliche Isolierung nicht zu überwinden vermochte, daß ihm wie jeglichem Extremismus die überwältigende Mehrheit der Menschen in der Bundesrepublik Deutschland eine Absage erteilte und sich der Demokratie zuwandte. Hier treten Parallelen zur Endphase des NS-Regimes zutage. Als seinen Trägern klar wurde, daß ein immer größerer Teil des deutschen Volkes ihrer Gewaltherrschaft und des Krieges überdrüssig wurde, richtete sich die Zerstörungswut der Nationalsozialisten zunehmend gegen Leben und Lebensgrundlagen der Deutschen. Eines der Beispiele dafür war die Sprengung des Berliner S-Bahntunnels durch die SS am 1. Mai 1945, die Zigtausenden von Menschen das Leben kostete. In genau dieser Tradition stehen die Täter des Münchner "schwarzen September" von 1980. Dies sollte man klar sehen.

Klar sehen sollte man auch - und dies hervorzuheben, besteht leider Veranlassung -, daß das schreckliche Geschehen in München kein Thema für wahlkampfbedingte Polemiken zwischen demokratischen Parteien sein darf. Mehr denn je gilt es jetzt, den Sumpf des Neonazismus trocken zu legen. Dabei dürfen sich Demokraten allerdings nicht gegenseitig behindern.

In diesen Stunden und Tagen gelten unsere ganze Anteilnahme und unser ganzes Mitgefühl den Opfern des Terroranschlages von München und deren Angehörigen.

(-/29.9.1980/bgy/ca)

+ + +



**Wild nach allen Seiten**  
-----

Zur Diffamierung der Sicherheitsbehörden durch Franz Josef Strauß  
in der heutigen Bild-Zeitung

Von Karl Liedtke MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Den Opfern des Münchener-Anschlages und Ihren Angehörigen gehört unsere Trauer.

Die Sicherheitsbehörden unseres Landes verdienen Dank für die vorzügliche Aufklärungsarbeit, die sie schon jetzt geleistet haben. Wenige Stunden nach der Tat ist die mutmaßliche Herkunft der Täter aus rechtsextremistischen Kreisen deutlich und hat der Zugriff der Polizei in diesen Kreisen begonnen. Die schnellen Fortschritte bei der Aufklärung sind möglich geworden auf Grund des systematischen Ausbaus der Sicherheitsbehörden im letzten Jahrzehnt - sowohl in personeller Hinsicht als auch bei der technischen Ausrüstung. Die wachsame Beobachtung des Rechtsextremismus gegen alle Verharmlosungsversuche haben den Sicherheitsbehörden den schnellen Zugriff ermöglicht.

Für die weitere Aufklärungsarbeit und für die entschlossene Abwehr neuer Anschläge bedürfen die Sicherheitsbehörden unsere volle Unterstützung und unser Vertrauen.

Der bayerische Ministerpräsident und Unionskanzlerkandidat allerdings sieht das wohl anders. Er erklärt heute in einem Interview, "daß unsere Nachrichtendienste systematisch gelähmt, demoralisiert und zerschlagen wurden". Was muß wohl ein Mitarbeiter dieser Sicherheitsbehörden bei seiner Arbeit empfinden, wenn ihm vom Kanzlerkandidaten der Union bescheinigt wird, er arbeite in einer "demoralisierten und zerschlagenen" Behörde? Was werden wohl die Terroristen denken, wenn der bayerische Ministerpräsident öffentlich sagt, die Nachrichtendienste seien "systematisch gelähmt, demoralisiert und zerschlagen"?

Strauß läßt einen hohen Polizeibeamten als Einsatzleiter einer Kundgebung ablösen, weil dieser sich weigert, rechtswidrigen Anweisungen von Strauß Folge zu leisten.

Wie mag wohl allen pflichttreuen Polizeibeamten zu Mute sein, wenn für rechtmäßiges Verhalten dienstliche Nachteile drohen?

Strauß verhält sich in den letzten Tagen des Wahlkampfes wie ein Ertrinkender, der wild nach allen Seiten um sich schlägt und unkontrolliert großen Schaden anrichtet. Es wird Zeit, daß der Wähler am 5. Oktober Strauß in den Arm fällt, damit nicht noch mehr Schaden angerichtet wird.

(-/29.9.1980/ks/ca)



Türken gebaut  
-----

Der abtretende Kanzlerkandidat im Spiel "Was wäre, wenn?"

Von Hans Koschnick

Mitglied des SPD-Präsidiums und Präsident des Bremer Senats

In Kindertagen gab es ein Spiel, das mit den Worten anfang: "Was wäre, wenn?" Einem gedachten Ereignis ließ man die Phantasie folgen. Nach diesem Muster verläuft derzeit in Bonn ein Spiel, das mit den Worten beginnt: "Was wäre, wenn ich Kanzler wäre?" und Franz Josef Strauß, der das fragt, fordert seine Mitspieler auf zu reagieren. Und dann würde er nach Amerika fahren, die Soldaten bekämen neue Gewehre und in 100 Tagen wäre Deutschland wieder in Ordnung.

Das klingt witzig, und niemand sollte Franz Josef Strauß daran hindern, in seiner Kandidatenlaufbahn auch das Stück "Regierungsübernahme" zu proben.

Dennoch sollte man sich die Mühe machen, sein Übernahmeprogramm einer genauen Lektüre zu unterziehen. Mich interessiert die Innenpolitik - und da finde ich neben den in der Tat auch uns drückenden Problemen Arbeitslosigkeit und Staatsfinanzen: Wenn ich Kanzler wäre, dürften Verfassungsfeinde nicht mehr in den öffentlichen Dienst. Daraus ist zu folgern: Bei den Roten dürfen sie es. Wer so argumentiert, gerät nicht in den Verdacht, ernsthaft Wahlkampf zu betreiben. Er betreibt Wahlkampf mit der Angst, indem er dem Wähler eine Gefahr vorspielt, die er ihm dann nach Art des Voodoo-Zauberers wieder wegzunehmen verspricht. Wer so Wahlkampf betreibt, enthüllt aber auch den abtretenden Kanzlerkandidaten, dem die Themen ausgegangen sind und der Türken baut.

Was Franz Josef Strauß unter Verfassungsfeinden versteht - ein Begriff, der sich am Rande der Verfassung bewegt -, zeigt die Praxis seines Verfassungstreue-TÜV in den bayerischen Regierungspräsidien zu deutlich: Es geht nicht darum, den Staat vor seinen Gegnern zu schützen, sondern kritisches Denken zu unterbinden und Duckmäusertum zu fördern. Das ist die moderne Ausführung der Liberalitas bavarica. Franz Josef Strauß ist bisher den Beweis schuldig geblieben, daß die, die er unter dem Etikett "Verfassungsfeind" führt, die Grundfesten des Freistaates Bayern auch nur um einen Millimeter verrückt hätten. Der hier kritisches Denken ausblendet, verspricht in seinem Wahlprogramm, der Jugend die Zukunft lebenswert zu machen. Uns geht es demgegenüber darum, staatsbürgerliche Rechte allen Bürgerinnen und Bürgern zukommen zu lassen. Wir wehren uns dagegen, von oben her zu bestimmen, welche Meinung gut und welche nicht gut ist. Und auch wenn es Franz Josef Strauß und seiner Union mißfällt: Wir werden uns gegen Verwaltungsunsinn zu wehren wissen, der diesen Staat nicht sicherer macht, sondern Vorbehalte gegen die Strukturen des öffentlichen Dienstes schafft.

(-/29.9.1980/ks/ca)

Vervollständiger Umgang  
mit wertvollen Rohstoffen  
Recycling-Papier



P R E S S E S T I M M E N

Im Gegensatz zu sozialdemokratischen Politikern, die - wie der SPD-Vorsitzende Willy Brandt empfohlen hatte - nach dem rechtsextremistischen Mordanschlag von München vermieden haben, das schreckliche Ereignis in den Wahlkampf zu ziehen, hat der Unionskandidat Strauß versucht, in mehreren Interviews mit Springer-Zeitungen Nutzen aus dem Verbrechen zu ziehen. Im folgenden werden dazu auswärtige und deutsche Kommentatoren zitiert.

"Als einziger namhafter Politiker hat Strauß versucht, die Ereignisse in München in seinem Sinne auszuschlachten. Seine Zielscheibe, Innenminister Gerhart Baum, war aber äußerst schlecht gewählt, denn ausgerechnet Baum war es, der im Gegensatz zu den bayerischen Behörden die Gefährlichkeit der Wehrsportgruppe Hoffmann erkannt und entsprechend behandelt hat. Mit seinen maßlosen Angriffen gibt Strauß all jenen Kritikern recht, die schon immer behauptet haben, der Bayer könne in kritischen Situationen seine Nerven nicht im Zaume halten." "Tages-Anzeiger", Zürich

"In Gang setzte den Streit Franz Josef Strauß mit dem Vorwurf an Innenminister Baum, er habe die Sicherheitsdienste entmutigt, im 'vorkriminellen Raum' vorbeugend tätig zu werden. Welche Seite mehr Nutzen oder Schaden aus dieser Auseinandersetzung ziehen oder erleiden wird, ist schwer abzuwägen. Sicher sind es nicht die gemäßigten Kräfte auf allen Seiten." "Basler Zeitung",

"Die Opfer sind noch nicht beerdigt, noch nicht einmal alle identifiziert, da wird schon politische Schuld gesucht und zugewiesen, streiten sich kleine Geister öffentlich darum, wer zunächst an die Öffentlichkeit hätte gehen dürfen... Und die Politiker: Der erste Gedanke bei manchen scheint gewesen zu sein, 'Schadet es uns?' 'Wie kann es den anderen schaden?' Kanzlerkandidat Strauß verhielt sich erbärmlich, als er dem Bundesinnenminister Baum 'schwere Schuld' zuwies." "Westdeutsche Allgemeine"

"Den Bürgern ist in den vergangenen Wochen vieles an Schmutz und Bösartigkeit zugemutet worden. Wenn ihnen jetzt auch noch das Münchner Blutbad als Wahlschlager serviert wird, sind die Grenzen des Zumutbaren endgültig überschritten. Der Kampf gegen den Terrorismus darf nicht zum Mittel primitiver Agitation verkommen. Die Bedrohung für uns alle ist nach wie vor riesengroß. Wer dabei die Gefahr von rechts bisher unterschätzt hat, bleibt sehr die Frage." "Express", Köln

"Wenig Verständnis aber läßt sich dafür aufbringen, daß schon bald nach dem Münchner Verbrechen die innenpolitische Auseinandersetzung sich dieses Themas bemächtigte und einen substantiell dürftigen, bei den Hauptakteuren längst in reiner Gegnerbeschimpfung abgeglittenen Wahlkampf noch mehr entgleisen ließ. Das setzt sich hoffentlich nicht fort. Es taucht sonst die Schlußphase des Ringens um Wählerstimmen vollends in giftige Brühe." "General-Anzeiger", Bonn

"Wenn jetzt wirklich der Versuch gemacht wird, die Schuld an einer so unheilvollen Entwicklung nur an bestimmte Personen oder einzelne Überwachungsorgane zu delegieren, kommt dies einem Schattenboxen gleich. Bund und Länder sollten sich gemeinsam an die Nase fassen und sich kollektiv die Frage nach dem Mitverschulden stellen. In den nächsten Tagen könnte dieser Wahlkampf seine miserabelste Seite zeigen. Das Massaker von München aus der Agitation um Wählerstimmen herauszuhalten, wird nicht mehr als ein frommer Wunsch sein." "Bonner Rundschau"



"Das ist die Situation, aus der Franz Josef Strauß heute seine Stimme erhebt - voll des Vorwurfs, aber leider immer nur gegen andere. Die Toten des Oktoberfestes sind noch nicht unter der Erde, da hat er sein Kriegsbeil schon wieder ausgegraben und gegen die angeblich Schuldigen in Bonn gerichtet. Der Bundesinnenminister Baum, der monatelang als Verantwortlicher für den linken Terrorismus hingestellt worden ist, soll plötzlich auch für den rechten seinen Kopf hinhalten. So banal ist das. Geschmacklosigkeit ist ein schwaches Wort dafür. Unanständig trifft eher." "Westfälische Rundschau"

"Die Erklärung von Strauß geht fachlich so an der Sache vorbei, das man nur annehmen kann, er habe sich zu einem Zeitpunkt geäußert, zu dem es noch keine Informationen gab und zu dem auch die 'linke Variante' noch nicht auszuschließen war. Wer - wie Strauß - nun Innenminister Baum zur 'Skandalfigur' ernannt, (die freilich - perfide gesponnen - keine unmittelbare Verantwortung trage!), dem geht es mehr um politische Intrige als um politische Verantwortung. Es kann gar keine Rede davon sein, die Sicherheitsdienste seien, so Strauß, derart demoralisiert, daß sie das Vorfeld nicht mehr aufklären könnten. Weiß der Redner überhaupt, wovon er spricht? Gerade die überaus eindrucksvolle Kenntnis des Vorfelds hat dazu geführt, das man so früh die Tat einordnen kann, wenn auch zunächst einmal vorläufig." "Süddeutsche Zeitung"

"Wie sagte Hitler? 'Der Terror von links kann nur durch noch schärferen Terror von rechts gebrochen werden.' Sollte diese 'Erkenntnis' aus der 'Kampfzeit' vor 1933 neue Anhänger finden, dann gute Nacht, Demokratie!'" "Rheinische Post"

"Viele der politischen Gegner von Franz Josef Strauß halten seine mangelnde Selbstkontrolle in dramatischen Situationen für seine größte Schwäche. Mangelnde Selbstkontrolle aber wäre noch die harmloseste Erklärung für jenes infame Interview, das Strauß schon bald nach der Bluttat der 'Bild am Sonntag' gegeben hat. Vor allem jene Bürger die sich Strauß politisch nahe fühlen, sollten dieses Interview sehr genau lesen... Wenn das nicht schlimmste Demagogie ist, dann wurde der Begriff umsonst erfunden." "Frankfurter Rundschau"

"Franz Josef Strauß räumt zwar ein, daß der Innenminister Baum zwar keine 'unmittelbare Verantwortung für dieses Attentat' trägt; er lastet ihm gleichwohl 'schwere Schuld' an, weil Baum die Polizei demoralisiert und den Terrorismus verharmlost habe... Das ist eine höchst gefährliche Argumentation, und der Ministerpräsident Strauß müßte wissen, daß sie auf ihn selbst zurückschlagen kann. Dieser bisher schwerstwiegende Terrorakt ist auf bayerischem Boden begangen worden. Will Strauß auch die Polizei und den Verfassungsschutz des Freistaates, die hier zuständig sind, dafür verantwortlich machen?...Wer so argumentiert, heuchelt sich darüber hinweg, das keine Regierung, auch nicht eine der Union, den Amoklauf von Wahnsinnigen verhindern kann. Geboten wäre Solidarität, die der Parteien untereinander und die mit den Opfern. Stattdessen wird heftiger gestritten als zuvor - und weiter gefeiert." "Kölner Stadt-Anzeiger"

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

